

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung

vom

7. 7. 2011

Erster Tagesordnungspunkt der Landtagssitzung war eine Aktuelle Stunde der FPÖ unter dem Titel „Nein zum Aufsteigen mit 2 Nicht genügend“.

TOP 1

LAbg. Martin Huber kritisiert die unzähligen Schulversuche, zu denen auch die leidliche „Neue Mittelschule“ zähle, auf Kosten unserer Schüler. Das Ergebnis dieses „Herumexperimentierens“ sei mehr als niederschmetternd und schade unseren Schulen. Das geplante „Aufsteigen mit 2 Nicht genügend“ beweise ein weiteres Mal die Orientierungslosigkeit der rot-schwarzen Bundesregierung in der Bildungspolitik. Neben der Senkung des Niveaus an den Oberstufen tue man auch den Schülern nichts Gutes, denn sie müssten ja in der nächsten Klasse jene Gegenstände nachlernen, welche sie im Vorjahr negativ abgeschlossen haben. Vielmehr sei es wichtig, dass man das „Sitzenbleiben“ generell einschränke. Dies könne man durch vermehrte Förderung der Schüler während der Schulzeit erreichen. Aber generell jeden Oberstufenschüler mit zwei Fünfern austeigen zu lassen, stelle einen bildungspolitischen Supergau dar, wie wir ihn in Österreich noch nicht gehabt haben. Huber sieht in dieser Reform auch die Schaffung eines 2-Klassen-Bildungssystems. Ein Oberstufenschüler dürfe mit 2 negativen Noten aufsteigen, während ein Berufsschüler, der sich beispielsweise in Englisch plage und Zimmermann werden will, weiter sitzen bleiben muss. Die FPÖ spricht sich daher entschieden gegen diese fatale Bildungspolitik von ÖVP und SPÖ aus, Hauptschulen müssten aufgewertet und auch das Niveau der Lehrerschaft gehoben werden. Direktorposten dürfen nicht nach rot-schwarzem Parteibuch besetzt werden, sondern es müssen dafür echte „Bildungsmanager“ herangezogen werden!

KO Gottfried Waldhäusl fragt sich anlässlich des Jubiläums „25 Jahre NÖ Landeshauptstadt St. Pölten“, wie sich wohl die anderen Parteien zur damaligen Zeit gegenüber dem „Aufsteigen mit 2 Nicht genügend“ verhalten hätten. SPÖ und Grüne hätten sicher auch zugestimmt, da sie elementar linke Schulpolitik vertreten. Die ÖVP aber wäre sicher auf Distanz gegangen, daher sei es umso trauriger, dass die „Volkspartei“ unter der Führung des NÖ Vizekanzlers Spindelegger immer mehr linke Positionen einnehme oder sogar mit derartigen Forderungen vorpresche. Auch im Schulsystem müsse die Leistung zählen und diese könne nur an Noten gemessen werden. „Aufsteigen mit 2 Nicht genügend“ sei fundamental leistungsfeindlich, genauso wie die glücklicherweise abgeklungene Forderung nach einer Abschaffung der Noten. Waldhäusl führt an, dass viele ÖVP-Abgeordnete im NÖ Landtag auch keine Freude mit dieser Reform hätten. Zahlreiche Schulleiter seien ebenfalls vehement gegen „Aufsteigen mit 2 Fünfern“. Mit Ferienbeginn solle man dazu auch Farbe bekennen und ein klares Bekenntnis zu unserer Jugend und deren Zukunft setzen, welche nur mit einem dualen Schulsystem und ohne linke Bildungspolitik gesichert werden könne!

KO-Stv. Erich Königsberger bezeichnet „Aufsteigen mit 2 Fünfern“ als vollkommen sinnlos und er merkt sarkastisch an, dass man hier gleich die Noten hätte abschaffen können. Die Kosten für jene Jugendlichen, welche in Folge dieser Reform keine Arbeit finden würden, seien um einiges höher als jene für das Sitzenbleiben. Schulprojekte auf dem Rücken unserer Jugendlichen werden von den Freiheitlichen abgelehnt.

TOP 2

- [Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2010](#)

Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne

FP-Antrag "[Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof](#)": **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP

LAbg. Benno Sulzberger stellt die rhetorische Frage, wie wirtschaftlich und kostendeckend das Land NÖ arbeite und ob dies auch überprüft werde. Der Finanzhaushalt von Gemeinden würde kontrolliert, genauso müsse jedes Unternehmen auf sein Budget achten. Der Abgeordnete fordert dabei höhere Investitionen in Forschung und Bildung. Als FP-Umweltsprecher mahnt er auch ein, erneuerbare Energie und Umweltprojekte verstärkt zu fördern. Finanzielle Stabilität müsse auch in geordneten Bahnen verlaufen. Der Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden dürfe jedoch nicht ermöglichen, dass verschuldete Gemeinden auch weiterhin fahrlässig Schulden machen können.

Ein Ungleichgewicht bei der Vergabe von Bedarfszuweisungen bestehe laut LAbg. Christian Hafenecker. Mit dem Stabilitätspakt würde den Gemeinden ein Freibrief zur Abzocke erteilt werden, welchen die Freiheitlichen entschieden ablehnen würden. Die Lösung für die Probleme von Gemeinden im Wald- und Weinviertel sowie in der Buckligen Welt stelle einzig und allein eine Senkung der Gebühren da, weil dadurch eine vermehrte Abwanderung aus diesen Regionen verhindert werden würde. Als positives Beispiel bringt Hafenecker die Gemeinde Kottingbrunn, wo die FPÖ Regierungsverantwortung trägt und dort beispielsweise die Kanalgebühren gesenkt wurden.

LAbg. Edmund Tauchner kritisiert, dass die Geldsäcke der NÖ Bürger von den rot-schwarzen Raubrittern jährlich immer mehr ausgebeutet werden würden. Insgesamt zahle NÖ mehr in die EU ein, als es herausbekommen würde. Tauchner spricht sich dabei ganz vehement gegen die Kürzungen EU-Förderungen für unsere heimischen Bauern aus. Die Gelder, welche in die EU fließen, wären beispielsweise im Sozialbereich besser angelegt. In Griechenland würden diese Hilfsmilliarden lediglich nur zur Rettung der internationalen Banken aufgewendet. Die FPÖ fordert daher „Unser Geld für unsere Leute!“

KO Waldhäusl sieht diesen Rechnungsabschluss als Beweis dafür, dass die Spargasse unserer Kinder angegriffen wurde. Er kritisiert, dass nicht einmal Finanzlandesrat Sobotka der heutigen Sitzung beiwohnt. Der Rechnungsabschluss sei das wichtigste Indiz dafür, wie mit dem Steuergeld der Niederösterreicher gewirtschaftet wird. Es sei ein Muss, dass der Landtag eine Prüfung des Landesrechnungshofes verlangen könne. Der Landesrechnungshof habe, wie in anderen Bundesländern und bei den Gemeinden, auch hier als Kontrollorgan zu fungieren. Waldhäusl bringt daher einen Antrag ein, der eine Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof mit anschließendem Bericht im Landtag zum Ziel hat.

TOP 3

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt und schon bei TOP 2 mitdebattiert.

- [Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 2010](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Bericht der Landesregierung über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2010/2011](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

- [Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeneinlösungen des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2010](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

- [Bericht der Landesregierung über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2010](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ*

- [Österreichischer Stabilitätspakt 2011](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

TOP 4

- [FPÖ-Antrag: Verhinderung einer europäischen Transferunion](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl warnt vor weiteren „Rettungspaketen“ für finanzmarode EU-Staaten a la Griechenland. Besonders das Land NÖ trage einen enormen finanziellen Schaden der Republik mit, da wir keinen Cent dieser Milliarden wiedersehen würden. Österreich und ganz besonderes Niederösterreich könne dieses Geld viel besser im Sozialbereich investieren, anstatt in diesem immer weitere Kürzungen und Einsparungen zu setzen. ÖVP und SPÖ würden aber nur bei den Österreichern sparen und den Pleiteländern das Geld nachwerfen, wobei dort nicht die Menschen sondern die Banken profitieren würden. Die Freiheitlichen fordern daher „Unser Geld für unsere Leute!“.

LAbg. Christian Hafenecker warnt davor, dass noch viele weitere Rettungszahlungen an Griechenland folgen würden. Griechenland sei selbstverschuldet durch horrenden Lohnerhöhungen und einen riesigen Verwaltungsapparat in die Krise gekommen und es könne nicht sein, dass der NÖ Steuerzahler dafür die Zeche mitbezahlen müssen. Es sei an der Zeit die Notbremse zu ziehen und marode Länder aus der Währungsunion auszuschließen, denn nur mit einer eigenen, harten Währung könnten sich diese Staaten sanieren!

TOP 5

- [Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Benno Sulzberger sieht in dieser Gesetzesänderung viele positive Punkte. Man müsse der vermehrten Ablehnung des Atomstroms tragen und keinen Strom aus AKWs zukaufen. Österreich solle wieder ein Netto-Strom-Exportland werden. Ein Ausstieg aus EURATOM sei unabdingbar!

TOP 6

- [Landesberufsschule Waldegg, Schülerheimneubau, Neubau von Klassen- und Servierräumen und Turnsaalneubau](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

Für LAbg. Edmund Tauchner sind die Neu- und Umbauarbeiten an der Landesberufsschule Waldegg absolut notwendig. Daher werde die FPÖ im Sinne unserer Jugend diesem Vorhaben natürlich zustimmen!

TOP 7

- [Maßnahmen zur Unterstützung der Freiwilligentätigkeit](#)

Abstimmung: Die beiden beantragten Punkte wurden getrennt abgestimmt.

*Antrag Punkt 1: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

*Antrag Punkt 2: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

KO-Stv. Erich Königsberger sieht in den unzähligen Freiwilligen die „Helden des Alltags“ von NÖ. Unter anderem ständig steigende Spritkosten würden jedoch diese Vereine und Institutionen gefährden, daher sei eine Befreiung dieser von der Mineralölsteuer unabdingbar. Fleiß, Einsatz und Selbstständigkeit würden bei den Menschen in NÖ an oberster Stelle stehen. Der Freiwilligenfonds des Landes NÖ in der Höhe von 200 000 Euro sei viel zu wenig und verhöhne die NÖ Feuerwehr- und Rettungsleute. Ein arbeitsrechtlicher Schutz müsse diesen Freiwilligen zukommen, denn sie garantieren den Erhalt unseres Sicherheitssystems!

TOP 8

- [FPÖ-Antrag: Chemische Kastration von Sexualstraftätern](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl erklärt, dass man über die Medien immer wieder von Sexualverbrechen erfahre und die Mehrzahl der Täter bereits einmal diesbezüglich verurteilt worden sind. Unzählige Experten seien sich darüber einig, dass man Sexualstraftäter weder heilen noch therapieren könne. Die Politik müsse hier geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um unsere Frauen und Kinder vor rückfälligen Sexualverbrechern zu schützen. Der Klubobmann fordert daher, dass schwere Verbrechen in

diesem Bereich mit einer lebenslangen Haftstrafe belegt werden, wobei lebenslang auch wirklich das ganze Leben lang heißen muss. Von der Haft entlassenen Sexualverbrechern müsse vom Amtsarzt ein Medikament verabreicht werden, welches den Sexualtrieb auf ein vorpubertäres Niveau heruntersetzt. Verweigert dieser jedoch die Verabreichung, so müsse er unverzüglich wieder hinter Gitter wandern. Diese Chemische Kastration werde auch schon in Ländern wie Polen, Tschechien und Frankreich mit Erfolg praktiziert bzw. befinde sich in Umsetzung und sei die einzige Möglichkeit, um unsere Bevölkerung vor rückfälligen Sexualverbrechern zu schützen!

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt.

TOP 9

- [Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft hinsichtlich der Abdeckung der Lehrer-gehaltskosten](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über den Ausbau der ganztägigen Schul-formen](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

TOP 10

- [FPÖ-Antrag: Mehr Sicherheit bei der Beförderung von Kindern in Omnibussen im täglichen Gelegenheitsverkehr](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

KO-Stv. Königsberger sieht gravierende Sicherheitsmängel beim Transport von Kindern in Omnibussen. In diesen würden viel zu wenige Rückhaltmöglichkeiten und sogar Sitzplätze zur Verfügung stehen, was unseren Jüngsten beispielsweise beim Schul- oder Kindergartentransfer einer immensen Gefahr aussetze. Königsberger fordert daher, dass in jedem Omnibus geeignete Sicherheitmöglichkeiten angebracht werde, damit unsere Kinder auch wieder gesund heimkommen würden!

TOP 11

- [Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973](#)
- [Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes](#)
- [Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

TOP 12

- [FPÖ-Antrag: Rascher beidseitiger zweispuriger Ausbau des Streckenabschnittes der B 210 zwischen dem Ortsgebiet Tribuswinkel und der Kreuzung mit der Haidhofstraße in Baden](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

KO-Stv. Königsberger weist auf die Nadelöhr-Situation an diesem Straßenstück hin. Im Interesse der Bürger und der öffentlichen Sicherheit müsse der Ausbau schnellstmöglich erfolgen.

TOP 13

- [FPÖ-Regierungsvorlage: Änderung der NÖ Bauordnung 1996](#)

Abstimmung: Zusätzliche Änderung des § 23 BO: Angenommen, Zustimmung ÖVP, FPÖ, Ablehnung SPÖ, Grüne

*Regierungsvorlage: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl ist der Meinung, dass die Politik in diesem speziellen Fall von Widmungsänderungen aktuellen Handlungsbedarf hat. Es könne nie falsch sein, wenn Bürgeranliegen aufgegriffen und umgesetzt werden. Politik heisst verändern im Sinne der Bevölkerung! Mit dieser Regelung würden die Landwirte nicht bevorzugt, sondern sogar benachteiligt, wenn diese Gesetzesänderung nicht vorgenommen werden würde. Grund und Boden hätten die Bauern, daher müssen ihnen auch, wie den anderen Bürgern, eine Parteienstellung im Umwidmungsverfahren zuerkannt werden. Mit dem Beschluss dieser Regierungsvorlage würden für die Bürger in diesem wichtigen Bereich massive Verbesserungen erreicht werden. Die SPÖ hingegen führe einen Klassenkampf gegen die Bauernschaft, was von der FPÖ absolut abgelehnt werde!